

SoVD-Standpunkte politischen Vertretern näher gebracht

SoVD im Gespräch mit Mitgliedern des Deutschen Bundestages

Mit politischen Vertretern im Gespräch zu sein ist essenziell, um die Positionen des SoVD nach außen zu tragen, gegebenenfalls Konsens zu finden und Lösungen für wichtige sozialpolitische Fragen voranzutreiben. Zum kritischen Austausch über renten- und behindertenpolitische Fragen, zu den geplanten Reformvorhaben in der Pflege- und Gesundheitspolitik, zum Hartz-IV-Urteil des Bundesverfassungsgerichtes sowie zur Jobcenter-Reform traf SoVD-Präsident Adolf Bauer gemeinsam mit anderen SoVD-Vertretern in den Monaten März und April unter anderem vier Mitglieder des Deutschen Bundestages.

Wichtige Rolle der Verbände

Adolf Bauer und Klaus Michaelis als Vorsitzender des Sozialpolitischen Ausschusses (SPA) im SoVD nahmen im Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) einen Termin mit dem Parlamen-

tarischen Staatssekretär, Hans-Joachim Fuchtel, wahr. Ebenfalls anwesend waren weitere Vertreter des BMAS sowie seitens des SoVD. In sehr angenehmer Atmosphäre wurden Themen wie Sicherungsniveau und Rentenanpassung, Al-

tersarmut, Rentenangleichung Ost, Erwerbsminderungsrenten, Rente mit 67 und die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention besprochen. Auf Wunsch des Staatssekretärs wurde das Gespräch auf zwei Stunden ausgedehnt, sodass ein intensiver Austausch möglich war. Staatssekretär Fuchtel betonte die aus seiner Sicht wichtige Rolle der Verbände in der Sozialpolitik und zeigte großes Interesse, den Austausch mit dem SoVD in renten- und behindertenpolitischen Fragen zu intensivieren.

Positionen deutlich gemacht

Zu einem ersten Gespräch nach der Neubesetzung des Gesundheitsressorts traf SoVD-Präsident Bauer mit Staatssekretärin Widmann-Mauz sowie dem neuen Leiter der Grundsatzabteilung, dem ehemaligen Vizedirektor des Verbandes der privaten Krankenversicherung (PKV), Christian Weber, zusammen. Gegenstand des einstündigen Gesprächs waren neben der gegenseitigen Vorstellung vor allem die aktuellen Reformvorhaben in der



Die Vorsitzende der Arbeitsgruppe Gesundheit der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Annette Widmann-Mauz und SoVD-Präsident Adolf Bauer.

Pflege- und Gesundheitspolitik. Bauer verdeutlichte die Positionen des SoVD und erteilte weiteren einseitigen Belastungen der Versicherten und insbesondere der Patienten eine deutliche Absage. Man unterstütze zwar notwendige Reformen der sozialen Sicherungssysteme. Der geplante Ausstieg aus der paritätischen Finanzierung sei jedoch ebenso wenig wie die Abkopplung der Beitragshöhe von den Einkommen der Versicherten durch Ausbau der Finanzierung über Pauschalen mit den Grundsätzen des SoVD zu vereinbaren. Der Verband stehe für die Stärkung der Sozialversicherung durch Festigung der Solidarität. Die Parteien sprachen sich übereinstimmend für eine stärkere der Zusammenarbeit auf der Fachebene aus. Seitens des SoVD wurde dies als Chance zu einer kritischen und konstruktiven Begleitung des weiteren Reformprozesses begrüßt.

SoVD-Vertreter, dass eine Lösung für die Schnittstellenproblematik im Zusammenhang mit Eingliederungsleistungen an behinderte Menschen gefunden werden müsse. Im letzten Gesprächsteil erläuterten die Abgeordneten das SPD-Modell für einen sozialen Arbeitsmarkt. Die SoVD-Vertreter begrüßten das Modell, kritisierten aber, dass die SPD sich nicht klar von den Ein-Euro-Jobs distanzieren. Die Bundestagsabgeordneten baten die SoVD-Vertreter um Unterstützung beim Erhalt der Sozialgerichtsbarkeit und zur Verhinderung von Fehlentwicklungen im Rahmen der Reform der Eingliederungshilfe. SoVD-Präsident Adolf Bauer sicherte diese Unterstützung zu.

Nationalen Aktionsplan diskutiert

Am 24. März führte der SoVD-Präsident ein weiteres Gespräch mit der behindertenpolitischen Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion Silvia Schmidt, MdB. An diesem Gespräch nahmen auch der Leiter der Abteilung Sozialpolitik, Hans-Jürgen Leutloff, und die Referentin für Behindertenpolitik, Claudia Tietz, teil. Vorrangiges Thema der zweistündigen Unterredung war die Erarbeitung eines Nationalen Aktionsplans zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention (Siehe Bericht auf Seite 4). Bauer, der in diesem Jahr auch Vorsitzender des Deutschen Behindertenrates ist, konnte berichten, dass die Vorarbeiten für einen Forderungskatalog des Deutschen Behindertenrates weit fortgeschritten seien. Erörtert wurden auch Probleme der beruflichen Teilhabe behinderter Menschen sowie Fragen der Gesundheits- und Pflegepolitik. Gemeinsam war man der Auffassung, dass es durchgreifender Anstrengungen bedarf, um die häusliche Pflege zu stärken. Bauer versicherte Schmidt, dass der SoVD ihre Initiative „Daheim statt Heim“ weiterhin ausdrücklich unterstützt. Das Gespräch fand in vertrauensvoller Atmosphäre statt und soll fortgesetzt werden.



Fotos (2): Schlemmer

Von links: Klaus Michaelis, Vorsitzender des Sozialpolitischen Ausschusses im SoVD, Ministerialdirektor Georg Recht, Hans-Joachim Fuchtel, Parlamentarischer Staatssekretär, SoVD-Referentin Claudia Tietz und SoVD-Präsident Adolf Bauer.

SoVD warnt vor der Einführung einer Wohnpauschale für Hartz-IV-Empfänger

Wohnpauschale führt zu sozialer Ausgrenzung und Isolation

Die Forderung der Bundesagentur für Arbeit (BA) nach einer Wohnpauschale für Hartz-IV-Empfänger ist bei Gewerkschaften, Sozial- und Mieterverbänden auf starken Protest gestoßen. Bei der Koalition fand der Vorschlag hingegen Zustimmung. Auch der SoVD warnte vor der Einführung einer Pauschale.

Zur Forderung nach der Einführung einer Wohnpauschale für Hartz-IV-Bezieher erklärte SoVD-Präsident Adolf Bauer: „Die Einführung einer Wohnkosten-Pauschale geht einseitig zulasten vieler

Hartz-IV-Bezieher, denn sie können ihre Wohnungen in ihrem bisherigen Wohnumfeld oftmals nicht mehr finanzieren.“ Zudem würde der durch die Pauschale erzeugte Zwang, günstigeren Wohnraum zu

finden, zu sozialer Ausgrenzung und gesellschaftlicher Isolation der betroffenen Menschen führen. Auch stünden die Kommunen, die den massiven Zuzug der Hartz-IV-Bezieher auffangen müssten, mit dem Rücken zur Wand, so der SoVD-Präsident. Die soziale Balance in den Wohnquartieren dürfe nicht gefährdet und das Problem nicht einfach den betroffenen Kommunen aufgebürdet werden.

Adolf Bauer erklärte in diesem Kontext, dass es zynisch sei zu behaupten, es gehe vielen Hartz-IV-Beziehern nur darum, den gesetzlichen Leistungsrahmen so weit wie möglich auszunutzen. Wer von Hartz IV betroffen sei, müsse schon jetzt täglich gegen soziale Ausgrenzung und Stigmatisierung kämpfen. „Das Bundessozialgericht hat in mehreren Urteilen klipp und klar festgestellt, wie Unterkunfts- und Betriebskosten festzulegen sind. Es ist jetzt die Aufgabe der Jobcenter, die Vorgaben des Bundessozialgerichtes umzusetzen.“

Auch der Deutsche Mieterbund bemängelte die Forderungen und mahnte, der Staat würde dann auf dem Rücken der Schwächsten sparen. Seitens der Gewerkschaften wurde der Vorstoß als „unsozial“ bezeichnet. Schon die derzeitige Regelung führe dazu, dass Betroffene einen Teil ihrer Wohnkosten aus den Regelsätzen bestreiten müssten, die eigentlich ihren sonstigen Lebensunterhalt finanzieren sollten.



Foto: johnny-k/fotolia

Die soziale Balance in den Wohnquartieren darf durch die Einführung einer Wohnpauschale für Hartz-IV-Empfänger nicht gefährdet werden. Viele Betroffene könnten ihre Wohnungen in ihrem bisherigen Umfeld nicht mehr finanzieren und wären gezwungen, günstigeren Wohnraum zu finden.

Regelung aus einem Guss gefordert

Die Hannoveraner Erklärung der 18. Bundesverbandstagung 2009 war Anlass zu einem weiteren sozialpolitischen Gespräch, an dem statt der kurzfristig verhinderten MdB Anette Kramme die Bundestagsabgeordnete der SPD-Fraktion Katja Mast, Gabriele Lösekrug-Möller und Gabriele Hiller-Ohm teilnahmen. Der SoVD war durch Präsident Adolf Bauer und Ragnar Hoenig, Referent der Abteilung Sozialpolitik im Bundesverband, vertreten. Inhaltliche Schwerpunkte waren das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes (BVerfG) zu Hartz IV, die Jobcenter-Reform sowie der SPD-Vorschlag im arbeitsmarktpolitischen Papier „Fairness auf dem Arbeitsmarkt“. Zum BVerfG-Urteil betonten die SoVD-Vertreter die Notwendigkeit einer „Regelung aus einem Guss“. Eine kontroverse Diskussion führten die Gesprächsteilnehmenden zu Individualhilfen im SGB II. Weitgehende Einigkeit herrschte darin, dass es Gutscheine nur in Ausnahmefällen geben dürfe. Zur Jobcenter-Reform forderten die

Personalien



Edda Schliepack feierte am 8. April ihren 70. Geburtstag. Schliepack ist Mitglied des Bundesvorstandes und Präsidiums sowie Bundesfrauensprecherin im SoVD.



Lothar Dufke feiert am 20. Mai seinen 75. Geburtstag. Dufke ist SoVD-Vizepräsident und Mitglied im Landesvorstand Schleswig-Holstein.